Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

288 (8.12.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 288 — **Donnerstag den 8. Dezember 1932** — **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Im Reichstag begann am Mittwoch die Beratung des nationalsozialistischen Gesetzentwurfes, wonach der Reichspräsident im Falle seiner Verhinderung durch den Reichsgerichtspräsidenten vertreten werden soll.

*

Auf der Publikumstribüne des Reichstages kam es am Mittwoch nachmittag zu einer Prügelei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Die Sitzung wurde unterbochen.

*

Reichsarbeitsminister Dr. Syrup hielt auf der Sitzung des Hauptausschusses des Deutschen Industrie- und Handelstages eine Rede über Wege, Zweck und bisherige Erfolge des freiwilligen Arbeitsdienstes.

*

Die für Mittwoch vorgesehene Fünfmächtebesprechung wird erst am Freitag stattfinden. In den Kreisen der fünf Großmächte besteht jetzt der Wunsch, den deutschen Vorschlag und die Erklärung Herriots zur Gleichberechtigungsfrage miteinander zu verbinden und damit einen Ausweg aus der festgefahrenen Lage zu schaffen.

*

Bei der Behandlung des japanisch-chinesischen Streites in der Völkerbundsversammlung gaben die Vertreter der Großmächte England, Frankreich und Deutschland in längeren Ausführungen ihren Standpunkt bekannt. Von den kleineren Ländern wurden Anträge zur Beilegung des Konflikts eingebracht.

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat Pilotti zum italienischen Untergeneralsekretär des Völkerbundes ernannt.

*

In einer Pariser Kabinettssitzung erstattete Herriot Bericht über die Genfer Verhandlungen und die Schuldenfrage. Ueber die große Kammeraussprache über das Schuldenproblem laufen die verschiedensten Gerüchte um. Man nimmt an, daß die Kammer Herriot stürzen wird, um Washington ihr Mißtrauen auszudrücken. — Am heutigen Donnerstag dürfte in Paris eine Besprechung Herriot—Macdonald—Chamberlain stattfinden.

*

Im englischen Unterhaus erklärte der Regierungsvertreter, daß England Handelsvertragsverhandlungen mit Moskau nur aufnehmen könne, wenn die Sowjets sich wegen eines Artikels in der „Iswestija" in Verbindung mit dem angeblichen Zusammenarbeiten der englischen Kommunisten mit der Dritten Internationale bezw. Sowjetregierung entschuldigten.

Explosionsunglück bei der IG. Farben

Bisher acht bis neun Tote

Rathenow, 7. Dez. Bei Bauarbeiten im Premnitzer Werk, Kunstseidefabrik der IG Farben, die von einer Rathenower Baufirma ausgeführt werden, ereignete sich **ein schweres Explosionsunglück. Beim Schweißen explodierte eine Wasserstoff-Flasche und zerriß eine Gruppe von acht bis neun Arbeitern vollkommen. Einige der Verunglückten wurden bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt, so daß bisher noch nicht festgestellt werden konnte, um wen es sich bei den Toten handelt.** Der größte Teil der Arbeiter — darunter zwei Lehrlinge — stammt aus Rathenow. Die Unfallstelle macht den Eindruck schwerster Verwüstung. Dächer und Fensterscheiben in weitestem Umkreise sind demoliert. Es ist nicht ausgeschlossen, daß unter den Trümmern noch weitere Verunglückte liegen.

Bisher wurden sieben Tote geborgen; wahrscheinlich ist noch ein weiteres Menschenleben zu beklagen. Außerdem wurde noch eine Anzahl von Personen verletzt. Dem Vernehmen nach soll es sich jedoch soweit sich dies bisher übersehen läßt, um leichte Verletzungen handeln.

12 Tote in Premnitz.

T.U. **Rathenow**, 7. Dez. Die Bergungsarbeiten auf der Unglücksstätte in Premnitz gestalten sich außerordentlich schwierig. Den Feuerwehrmannschaften boten sich dabei erschütternde Bilder. Beim Wegräumen einer großen Schutthalde fand man u. a. drei menschliche Beine, die mit verschiedenerlei Strümpfen bekleidet waren. Es muß danach angenommen werden, daß hier weitere drei Personen den Tod gefunden haben. Vermißt werden jetzt, nachdem sieben Tote geborgen worden sind, noch die Leichen des Schlossermeisters Thie-Rathenow und seiner drei Lehrjungen, sowie die Leiche des Meisters Winkens. Da kaum anzunehmen ist, daß diese fünf Personen noch lebend geborgen werden können, wurden die Bergungsarbeiten am Abend eingestellt. Vor allem soll zunächst auch das Gebäude weiter abgestützt werden, um einen neuen Einsturz zu verhüten. Das Befinden der im Krankenhaus befindlichen sechs Schwerverletzten hat sich bis auf einen etwas gebessert. Es besteht bei fünf Verletzten keine unmittelbare Lebensgefahr mehr, während bei dem sechsten, dem Arbeiter Otto Gantzer, mit dem Ableben gerechnet werden muß. Ueber die Ursache des schweren Unglücks besteht noch keine Klarheit. Es wird jetzt auch vermutet, daß nicht die Explosion einer Sauerstoffflasche, sondern eine Explosion in den Säureleitungen die Katastrophe verursacht hätte.

Zwischenfälle im Reichstag

Berlin, den 7. Dezember 1932.

Reichstagspräsident **Göring** eröffnete am Mittwoch um 2.10 Uhr die Sitzung und teilt das Ergebnis der Schriftführerwahl mit. Die Mitteilung, daß auch der Abgeordnete Hugenberg (Dntl.) mit 291 Stimmen zum Schriftführer gewählt sei, wird mit großem Gelächter und Beifallsklatschen aufgenommen. Von Nationalsozialisten wird gerufen: „Der große Schriftführer Deutschlands!"

Der Präsident teilt weiter mit, daß nach der endgültigen Feststellung gestern der Abgeordnete Löbe (Soz.) zum Vizepräsidenten gewählt worden sei.

Abg. Dr. **Frick** (NS.) beantragt, in namentlicher Abstimmung eine **Wiederholung der Vizepräsidentenwahl** zu beschließen. Die Nationalsozialisten bezweifelten, daß die Wahl des Abgeordneten Löbe zum Vizepräsidenten einwandfrei festgestellt sei.

Abg. **Dittmann** (Soz.) widerspricht einer Wiederholung der Wahl.

Abg. **Torgler** (Kom.) erklärt sich gleichfalls gegen eine Wiederholung der Wahl.

Abg. **Leicht** (BVp.): Das amtliche Ergebnis muß selbstverständlich als das endgültige gelten. Eine Wiederholung der Wahl ist gar nicht zulässig.

Als Präsident **Göring** die namentliche Abstimmung über den Antrag Dr. Frick vornehmen will, erhebt Abgeordneter **Leicht** (BVp.) Einspruch gegen die Zulässigkeit dieser Abstimmung. Abg. Dr. Frick (NS.) beantragt nunmehr namentliche Abstimmung über die Zulässigkeit der Abstimmung. Diese Abstimmung ergibt die **Ablehnung der Zulässigkeit** mit 289 gegen 201 Stimmen bei 58 Enthaltungen. Für die Zulässigkeit haben mit den Nationalsozialisten die Mitglieder der Deutschen Volkspartei gestimmt. Die Deutschnationalen haben Stimmenthaltungskarten abgegeben. Auf die Frage, ob er die Wahl annehmen wolle, erklärt Abgeordneter Löbe, er nehme die Wahl an.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält Abg. **Hell**-Brandenburg (Kom.) zu einer Erklärung das Wort und macht Mitteilung von der Explosionskatastrophe in Premnitz. Alle Abgeordneten erheben sich spontan von den Sitzen. Diese Katastrophe sei nur möglich durch die unerhörten Antreibermethoden. Diese Bemerkung wird von rechts und aus der Mitte mit stürmischen Pfuirufen und Entrüstungskundgebungen beantwortet. Vizepräsident Esser spricht sein Bedauern aus darüber, daß der Redner die alle Gemüter erschütternde Mitteilung von der schweren Katastrophe zu politischer Agitation mißbraucht habe.

Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt der **nationalsozialistische Gesetzentwurf, wonach der Reichspräsident im Falle seiner Verhinderung durch den Präsidenten des Reichsgerichts vertreten werden soll.**

Die Antragsteller nehmen zunächst nicht das Wort.

Abg. **Schneller** (Kom.) erklärt, das Reichsgericht stehe unter so starkem nationalsozialistischen Einfluß, daß nach dem Ausscheiden des jetzigen Präsidenten sein Nachfolger sicher ein Nationalsozialist sein werde. Der Redner richtet dann scharfe Angriffe gegen den Reichspräsidenten von Hindenburg. Die Kommunisten klatschen Beifall und rufen dreimal im Sprechchor: „Nieder mit Hindenburg!"

Vizepräsident Esser: Wegen dieses unerhörten Ausfalles gegen den Herrn Reichspräsidenten rufe ich den Redner zur Ordnung und mache darauf aufmerksam, daß ich bei einer Wiederholung mit schärferen Maßnahmen vorgehen werde. Abgeordneter **Schneller** (Kom.) setzt seine Angriffe auf den Reichspräsidenten fort. Die Kommunisten rufen wieder dreimal „Nieder mit Hindenburg!" Auf der rechten Publikumstribüne stimmt ein Besucher dreimal laut in die Nieder-Rufe ein. In dem Lärm, der im Hause herrscht, ist nicht zu hören, was der Vizepräsident sagt. Abgeordneter **Schneller** fährt dann fort: Hindenburg ist auch der Präsident des Versailler Systems. Wieder rufen die Kommunisten dreimal „Nieder mit Hindenburg!" Wieder beteiligt sich der Tribünenbesucher laut mit erhobenem Arm an dieser Kundgebung. Besucher derselben Tribüne dringen auf ihn ein und drängen ihn unter Faustschlägen zur Tür. Die Kommunisten im Saale brechen beim Anblick dieser Szene in lärmende Verwünschungen gegen die Tribünenbesucher aus. Auf der Tribüne sind inzwischen auch einige uniformierte Nationalsozialisten erschienen. Es entwickelt sich oben

eine Schlägerei,

die von den Kommunisten im Saal mit „Nieder"-Rufen gegen Hindenburg begleitet wird. Während des allgemeinen Tumults hat **Vizepräsident Esser seinen Platz verlassen und damit die Sitzung unterbrochen.**

Ein großer Teil der kommunistischen Reichstagsfraktion stürmte aus dem Saal, um auf die Publikumstribüne zu gelangen, was wiederum zur Folge hatte, daß auch ein Teil der nationalsozialistischen Abgeordneten ihren Parteifreunden zu Hilfe eilten. In dem Treppenaufgang zur Publikumstribüne setzte sich das **Handgemenge** fort. Beide Gruppen trafen auf dem Wandelgang hinter der Regierungstribüne aufeinander. Es gab zunächst einen heftigen Wortwechsel. Er schien zunächst abzuflauen, als plötzlich in hohem Bogen **ein Spucknapf durch die Luft flog.** Im gleichen Augenblick entstand **eine schwere Schlägerei zwischen etwa 40 bis 50 kommunistischen und nationalsozialistischen Abgeordneten, wobei nicht nur Aschenbecher und Pultdeckel als Waffen benutzt wurden, sondern auch Telephonapparate und Schreibpulte, die man aus der Wand riß, verwandt wurden.** Mehrere große Glasscheiben von Verbindungstüren gingen in Trümmer. Schließlich wurden die Kommunisten von den Nationalsozialisten bis in den Wandelgang zurückgedrängt, in dem diese sich gewöhnlich aufhalten. Im Verlaufe des Handgemenges erlitten **mehrere Abgeordnete blutige Verletzungen.**

Die neue Sitzung

Nach etwa dreiviertelstündiger Pause eröffnet Vizepräsident **Esser** die Sitzung wieder mit der Mitteilung, daß der Reichstagspräsident die Vorgänge untersuchen und nach dem Abschluß berichten werde. Sollten sich weitere Störungen von den Tribünen zeigen, so würden sämtliche Tribünen geräumt werden.

Abg. **Torgler** (Kom.) erklärt, er müsse dagegen protestieren, daß in den Umgängen des Reichstages mit Koppeln bewaffnete SS.- und SA.-Leute als Hilfspolizisten des Reichstagspräsidenten fungierten. (Lärm bei den Nationalsozialisten und Rufe: „Unverschämte Lüge!")

Darauf wird die Aussprache fortgesetzt.

Abg. von **Freytagh-Loringhoven** (Dntl.) spricht sich gegen den Gesetzentwurf aus. Die politische Führung des Reiches sollte nicht einem Manne anvertraut werden, der die ganz unpolitische Stellung des Reichsgerichtspräsidenten einnimmt. Die Bedenken gegen einen solchen Plan würden verstärkt durch die Erinnerung an das Urteil des Staatsgerichtshofes im Streit Reich-Preußen, das sehr anfechtbar sei. Die Annahme des Gesetzentwurfes würde auch die Folge haben, daß man den Präsidenten des Reichsgerichts nicht nach rein rechtlichen, sondern auch nach politischen Gesichtspunkten auswählt. Auf diese Weise würde ein republikanischer Kronprinz entstehen, den wir ablehnen. Wir lehnen den Entwurf ab und beantragen: „Der Reichspräsident bestimmt seinen Vertreter für den Fall seiner Verhinderung. Der Vertreter muß Bedingungen entsprechen, die für den Reichspräsidenten gestellt sind." (Lachen bei den Nationalsozialisten.) Wir wollen, daß der Reichspräsident durch politisches Testament seinen Vertreter für die Zeit bis zu den Neuwahlen zu bestimmen hat. Wir sehen in dem nationalsozialistischen Entwurf eine Ueberspannung des demokratischen Gedankens. Wir bedauern die gestrigen Angriffe des Alterspräsidenten gegen den Reichspräsidenten, dessen geschichtliche Stellung ihn vor solchen Angriffen schützen sollte. (Beifall bei den Deutschnationalen.)

Abg. Dr. **Breitscheid** (Soz.) bezeichnet es als befremdlich, daß die Nationalsozialisten ihren verfassungsändernden Gesetzentwurf nicht einmal durch einen Redner begründet haben. Um so erfreulicher sei die Offenheit, mit der der Vorredner die deutschnationale Katze aus dem Sack gelassen habe. Die Sozialdemokraten würden dem nationalsozialistischen Entwurf zustimmen, weil sie eine Dauerregelung der Vertretungsfrage für nötig halten. Der deutschnationale Antrag sei unannehmbar, denn er gebe dem Reichspräsidenten eine Machtvollkommenheit, die beinahe die des Kaisers erreicht. Die nationalsozialistischen Antragsteller sollten näher erläutern, wann der Reichspräsident verhindert ist und wer diese Verhinderung attestiert. Die scharfe Kritik an dem Urteil des Staatsgerichtshofes sei berechtigt; aber trotz alledem sei der Reichsgerichtspräsident der zu einer Vertretung des Reichspräsidenten geeignete Mann. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Predt** (WP.) begrüßt den nationalsozialistischen Entwurf. Es sei in der Tat zur Vertretung des Reichspräsidenten am besten geeignet der Reichsgerichtspräsident, dem der Schutz des Rechts und der Verfassung obliegt.

Abg. **Torgler** (Kom.) bekämpft den Entwurf. Der Reichsgerichtspräsident sei Exponent der faschistischen Diktatur gegen die Arbeiterklasse.

Damit ist die erste Beratung des Entwurfs erledigt. In der folgenden **zweiten Beratung** wird ein deutschnationaler Antrag auf Ausschußüberweisung gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Der vom Abgeordneten von Freytagh begründete Aenderungsantrag wird gleichfalls gegen die Antragsteller in einfacher Abstimmung abgelehnt.

Der **nationalsozialistische Entwurf** wird mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten und Deutschnationalen angenommen. Die dritte Beratung kann wegen eines Einspruches der Kommunisten erst in der nächsten Sitzung vorgenommen werden.

Es folgt die erste Beratung der **Anträge des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten auf Aenderung der Notverordnung vom 4. Dezember in ihrem sozialpolitischen Teil,** auf Winterhilfe und Arbeitsbeschaffung.

Abg. **Torgler** (Kom.) beantragt die Herbeirufung des Reichskanzlers zu der jetzt bevorstehenden sozialpolitischen Debatte. Der kommunistische Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt.

Abg. **Karsten** (Soz.) begründet die sozialdemokratischen Anträge. Darin wird die Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni über Arbeitslosenhilfe, Sozialversicherung und Wohlfahrtslasten verlangt. Im Falle der Ablehnung dieses Antrages soll nach einem Eventualantrag die Winterbeihilfe erweitert werden. Der Redner richtete scharfe Angriffe gegen das frühere Papen-Kabinett, das mit seinem Abbau der Sozialpolitik und mit seinen Regierungserklärungen eine Politik gegen die armen Leute getrieben habe.

Abg. **Börger** (NS.) tritt für die nationalsozialistischen Anträge ein. Einer dieser Anträge fordert die Aufhebung der Notverordnung vom 4. September in ihrem sozialpolitischen Teil und der darauf gegründeten Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932. Weitere Anträge fordern eine Weihnachts- und Winterbeihilfe in Form von Lebensmitteln. Das System des Papenschen Wirtschaftsprogrammes mit seinen Einstellungsprämien schaffe keine neue Arbeit, sondern bringe auf Kosten des Arbeiters nur dem Unternehmer Sonderprofite. Das sei moderner Sklavenhandel, des deutschen Arbeiters unwürdig. (Beifall.)

Abg. **Pieck** (Kom.) erklärt, nur die kommunistische Partei habe ehrlichen Kampf gegen die Papen-Regierung mit ihrem Hunger-Programm aufgenommen. Die übrigen Parteien hatten sich nur zum Schein der Kampffront gegen Papen angeschlossen.

Abg. Dr. Schmidt-Eichswalde (Dntl.) führt aus, das soziale Elend des deutschen Volkes sei auf den Youngplan zurückzuführen. Mit dem gegen diesen Plan aufgenommenen Kampf hätten die Deutschnationalen Sozialpolitik im besten Sinne getrieben. Die Aufhebung der sozialen Härten der Juni-Notverordnung habe in erster Linie der deutschnationale Führer Hugenberg in seinem Brief an den früheren Reichskanzler von Papen gefordert. Die Deutschnationalen verlangten auch in der Notverordnung vom 3. September die endgültige Aufhebung der Lohn- und Gehaltskürzungen. Die jetzige Debatte sei eine leere Demonstration, solange nicht die Stellungnahme der Regierung zu den Anträgen bekannt sei. Die jetzige Regierungsmehrheit, die sich hinter den Kulissen schon zusammengefunden habe, hätte viel mehr Anlaß gehabt, sich gegen die sozialen Ungerechtigkeiten der Brüning-Regierung zu wenden. Da habe man aber aus Rücksicht auf das Zentrum geschwiegen. Die Deutschnationalen müßten Einspruch erheben gegen den nationalsozialistischen Antrag, der die sozialpolitische Vollmacht für die Regierung aufheben will. Wir wollen die Not unseres Volkes nicht zu politischer Agitation ausnutzen lassen. (Beifall bei den Deutschnationalen. Unruhe bei den Nationalsozialisten.)

Abg. Schwarzer (BVp.): Wichtig sei vor allem die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der sozialen Versicherungsanstalten. Diesem Ziel hätten die Notverordnungen der Regierung Brüning gedient. Der wesentliche Unterschied zwischen dem Brüning- und Papenkabinett bestehe darin, daß Brüning die Lasten gleichmäßig den Arbeitnehmern und den Unternehmern auferlegte, während Papen einseitig die Arbeitnehmer belastete.

Die sozialpolitische Aussprache wird darauf abgebrochen. Vizepräsident Esser teilt unter großer Heiterkeit mit, daß Dr. Hugenberg (Dntl.) die Wahl zum Schriftführer nicht angenommen hat. Ohne Debatte werden die Amnestieanträge dem Rechtsausschuß überwiesen. Nach 7.30 Uhr vertagt sich der Reichstag auf **Freitag**, den 9. Dezember 11 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die dritten Beratungen der heute verhandelten Entwürfe und Anträge.

*

Reichsrat erst nächste Woche

Berlin, 7. Dez. Die für Donerstag vorgesehene Vollsitzung des Reichsrates ist wegen des katholischen Feiertages auf den Donnerstag nächster Woche verschoben worden.

*

Reichstag auf Freitag vertagt — Amnestieanträge der Ausschußberatung überwiesen.

T.U. **Berlin**, 7. Dez. Im Reichstag wurde am Mittwoch die Aussprache über die sozialpolitischen Anträge nach mehrstündiger Dauer gegen 20 Uhr unterbrochen. Die von den verschiedenen Fraktionen eingebrachten Amnestieanträge wurden der Ausschußberatung überwiesen. Der Reichstag vertagte sich dann auf Freitag 11 Uhr. Er will dann die Aussprache über die sozialpolitischen Anträge abschließen und im übrigen die dritten Lesungen der bisher in zweiter Beratung erledigten Gesetzentwürfe vornehmen.

Donnerstag nachmittag Beratung der Amnestievorlage im Reichstagsausschuß.

T.U. **Berlin**, 7. Dez. Der Rechtsausschuß des Reichstages, der sich am Mittwoch abend nach der Vollsitzung konstituierte und zu seinem Vorsitzenden den Abg. Dr. Frank II. (N.S.) wählte, wird am Donnerstag um 15 Uhr zur Beratung der verschiedenen Amnestievorlagen zusammentreten.

Der „Angriff" bestreitet jede Tolerierungsabsicht

Berlin, 7. Dez. Der „Angriff" wendet sich gegen die Behauptung eines Berliner Vormittagsblattes, die Nationalsozialisten hätten sich zur Tolerierung des Kabinetts Schleicher entschossen und dafür eine nationalsozialistisch geführte Koalitionsregierung in Preußen eingetauscht. Das Blatt schreibt: Die NSDAP. führt nach wie vor den **schärfsten Kampf gegen das Kabinett Schleicher**. Sie denkt gar nicht daran, der Regierung dadurch in die Hände zu arbeiten, daß sie es dieser nach dem Muster der Marxisten ermöglicht, den Reichstag zu einem Termin aufzulösen, der für die Opposition denkbar ungünstig liegt. Das Blatt kündigt dann an, die NSDAP. werde das Kabinett dann zum Sturze bringen, wenn der Erfolg dieser Aktion auch wirklich eine Rettung für Volk und Vaterland bedeute, wenn also die Aussicht bestehe, daß anstelle des Kabinetts Schleicher nicht etwas Schlimmeres, sondern etwas Besseres gesetzt werden könne. Ob diese Aussicht vor oder nach Weihnachten gegeben sei, hänge von der jeweiligen Lage ab.

Der Mandschureikonflikt

vor der Völkerbundsversammlung

Genf, 7. Dez. In der außerordentlichen Völkerbundsversammlung nahmen die Vertreter Irlands, der Tschechoslowakei, Schwedens und Norwegens zu dem Lytton-Bericht und den sich daraus ergebenden Folgerungen Stellung. Alle Redner stimmten in der **Ablehnung der von Japan befolgten politischen und militärischen Methoden überein** und wiesen auf das Lebensinteresse hin, das der Völkerbund an einer gerechten und würdigen Lösung dieses schwersten bisher vor sein Forum gebrachten Konfliktes habe.

Genf, 7. Dez. In der Völkerbundsversammlung sprachen am Mittwoch nachmittag u. a. der französische Kriegsminister **Paul Boncour** und der englische Außenminister Sir John **Simon** zu dem chinesisch-japanischen Konflikt. Paul Boncour legte Wert auf die Feststellung, daß man aus den Schwierigkeiten nicht schließen dürfe, daß ähnliche Vorgänge in Europa möglich seien. Der sehr objektive Bericht der Untersuchungskommission müsse den festen Boden der gegenwärtigen Beratungen bilden. Sir John Simon meinte, die tatsächlichen Feststellungen des Berichtes sollten möglichst vorteilhaft im Sinne der Aussöhnung ausgenutzt werden.

Reichsaußenminister Freiherr **von Neurath** gab eine Erklärung ab, in der es heißt: Um der gestellten Aufgabe gerecht werden zu können, darf sich der Völkerbund für die Beilegung des Konfliktes nicht auf eine Behandlung der Angelegenheit nach mehr oder weniger formalen Prinzipien beschränken. Er wird vielmehr einen konstruktiven Plan finden müssen, der den Streit wirklich endgültig aus der Welt schafft. Es ist doch nicht ein bloßer Zufall, daß der Völkerbund jetzt **in doppelter Weise in ein kritisches Stadium seiner Entwicklung gebracht worden ist.** Neben dem mandschurischen Konflikt harrt hier in Genf **ein anderes Problem der Lösung, das die ganze Welt bewegt. Dieses andere Problem steht hier nicht zur Diskussion, aber die Betrachtung des mandschurischen Konfliktes ihrerseits zwingt uns dazu, eine andere fundamentale Wahrheit vor Augen zu halten. Wollen wir eine wirklich sichere Gewähr dafür schaffen, daß künftig Konflikte nicht nach machtpolitischem Ausgleich drängen, sondern daß sie ohne Einsatz militärischer Machtmittel eine gerechte und billige Regelung finden, wollen wir, daß die Autorität des Völkerbundes für diesen seinen höchsten Zweck gestärkt wird, so müssen wir dafür sorgen, daß ein völliger Ausgleich der militärischen Machtmittel aller Staaten stattfindet. Dieser Ausgleich ist die erste und unbedingte Voraussetzung für eine wirksame Sicherstellung friedlicher Streitschlichtung, eine Voraussetzung, ohne deren Verwirklichung alle juristischen Mittel, welcher Art sie auch sein mögen, problematisch bleiben.**

Die Pariser Verhandlungen

Paris, 7. Dez. Die Aufmerksamkeit der Presse ist besonders auf die Verhandlungen gerichtet, die Ministerpräsident Herriot und Premierminister Macdonald in Paris über das Kriegsschuldenproblem führen werden. „Matin" behauptet, daß Herriot entschlossen sei, auf jeden Fall mit England eine gemeinsame Linie zu beziehen, weil er es für verhängnisvoll halten würde, wollte Frankreich in einer so bedeutsamen Frage das Risiko übernehmen, völlig isoliert zu sein. Herriot werde versuchen, Macdonald für den Standpunkt zu gewinnen, daß man am 15. Dezember an Amerika keine Zahlungen bezw. nur Zahlungen auf ein gesperrtes Konto leisten dürfe. **Sollten die Engländer jedoch ihre Absicht beibehalten, Zahlungen zu leisten, dann scheine ein Konflikt zwischen Herriot und dem französischen Parlament unvermeidlich zu sein**, da dieses gegen eine solche Maßnahme sei. Die Entscheidung werde am Freitag früh im Ministerrat fallen.

London, 7. Dez. Die Nachricht, daß heute nicht nur Herriot, sondern auch Macdonald und Chamberlain in Paris sein werden, hat die englische Oeffentlichkeit völlig überrascht. Die Blätter geben zwar zu, daß die britische Regierung beabsichtigt, mit Frankreich in der Schuldenfrage „angemessenerweise" in engster Fühlung zu bleiben, versichern aber im Hinblick auf Amerika, daß von der Bildung einer Einheitsfront der europäischen Schuldner oder von einem gemeinsamen Vorgehen keine Rede sein könne.

Der diplomatische Korrespondent der „Morningpost" legt dar, daß die Lausanner Erledigung der Reparationsfrage nicht als zusammengebrochen betrachtet werden könne, bevor sich eine Schuldenvereinbarung mit Amerika endgültig als unmöglich erwiesen habe.

Die Kammer will Herriot stürzen, um Washington ihr Mißtrauen auszudrücken.

T.U. **Paris**, 7. Dez. Die französischen Minister traten am Mittwoch morgen zu einer Sitzung zusammen, in deren Verlauf Herriot über den Stand der Genfer Verhandlungen und der Schuldenfrage Bericht erstattete.

Neville Chamberlain traf am Mittwoch abend in Paris ein. Die Besprechungen, die er noch im Laufe des Mittwoch mit Macdonald hatte, sollen am Donnerstag mit Herriot fortgesetzt werden.

Herriot wird am Donnerstag den beiden großen Kammerausschüssen die Auffassung der Regierung bekanntgeben bezw. mitteilen, ob Frankreich beabsichtigt, seiner Zahlungsverpflichtung am 15. Dezember nachzukommen oder nicht. Die Regierung würde es natürlich gern sehen, wenn bis zur Kammeraussprache eine amerikanische Antwort auf die zweite französische Note eingetroffen wäre. In maßgebenden Kreisen erklärt man jedoch, nicht zu wissen, ob die Washingtoner Regierung überhaupt zu antworten beabsichtige.

Ueber die große Kammeraussprache sind in politischen Kreisen die verschiedensten Gerüchte im Umlauf. „Paris Soir" glaubt zu wissen, daß Herriot der Kammer vorschlagen wird, den fälligen Betrag bei der Bank von Frankreich zu hinterlegen, damit die Regierung die Besprechungen mit Amerika und England fortsetzen könne.

Die Kammer werde sich jedoch in ihrer großen Mehrheit gegen diesen Vorschlag wie überhaupt gegen jede Zahlung aussprechen, die nicht durch eine gleich hohe Zahlung Deutschlands ausgeglichen sei. Ueber die Vertrauensfrage, die Herriot im Zusammenhang mit seinem Vorschlag stellen werde, werde die Regierung dann gestürzt. Der gleichen Auffassung ist auch der „Intransigeant". Man weist jedoch darauf hin, daß es sich dabei nicht um ein Mißtrauensvotum an die Adresse der französischen Regierung handeln solle, sondern ausschließlich um eine Auskunft der französischen Kammer an die Adresse des amerikanischen Kongresses. Sollten die Voraussagen der beiden Blätter eintreffen, so ist man in gut unterrichteten Kreisen der festen Ueberzeugung, daß Herriot sofort wieder mit der Neubildung der Regierung beauftragt werde.

Die Besprechungen am Mittwoch

Genf, 7. Dez. Die Mittwochvormittags-Sitzung der Fünfmächtekonferenz war nur von kurzer Dauer. Die Besprechungen, die auf den Spätnachmittag vertagt wurden, bezogen sich auf die technische Behandlung des materiellen Teils des Norman Davis-Planes. Der deutsche Vertreter, Gesandter von Weizsäcker, beschränkte sich darauf, den Verhandlungen als Zuhörer zu folgen.

In einem Teil der Presse ist gesagt worden, daß von Neurath bereits zu der französischen Formel über die Gleichberechtigung, die Herriot vorgelegt hatte, Stellung nehmen werde. Diese Annahme beruhte auf einem Irrtum. **Der deutsche Außenminister hat sich seine Stellungnahme zu der Erklärung vorläufig vorbehalten**, und es liegt nahe, anzunehmen, daß sich hierzu die Gelegenheit geben wird, wenn die Gleichberechtigungsfrage in den Verhandlungen dieser Woche wieder zur Erörterung kommt. Man nimmt an, daß dies vielleicht erst **nach der Rückkehr Macdonalds und Herriots** geschehen wird. Im übrigen muß nachdrücklichst darauf hingewiesen werden, daß es sich bei der bekannten Formel lediglich um einen **Vorschlag Herriots**, nicht um einen solchen der übrigen Mächte handelt. Diese **Formel**, deren praktischer Wert vorläufig nicht sehr groß erscheint, ist **noch umstritten**. Es ist jedenfalls nicht so, daß in ihr nur mehr der Schlußstein in Gestalt der Zustimmung Deutschlands fehlt.

Fünfmächtebesprechung erst wieder am Freitag.

T.U. **Genf**, 7. Dez. Die ursprünglich für Donnerstag vorgesehen gewesene Besprechung der fünf Großmächte soll, wie verlautet, erst am Freitag stattfinden, da Macdonald sein Eintreffen für Freitag früh in Aussicht gestellt hat.

Nächste Woche Ministerpräsidentenwahl in Preußen?

T.U. **Berlin**, 8. Dez. Nach der „D.A.Z." sollen die Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum über die Preußenfrage am Mittwoch wieder aufgenommen worden sein. Die Besprechungen seien am Mittwoch außerordentlich weit fortgeschritten. Es bestehe jetzt begründete Aussicht, daß bei der Tagung des Preußenhauses in der nächsten Woche eine Ministerpräsidentenwahl erfolgen könne.

Um ein Kinderherz

Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[36

Zweiundzwanzigstes Kapitel.

Er unterbrach sich, denn Babette kam herein und meldete:

„Herr von Dubian wird am Telephon verlangt —"

„Stellen Sie nach vorn um, Babette", befahl Ina hastig und warf Dubian einen schnellen Blick zu. Fritz von Dubian erhob sich.

„Ach, das wird das geschäftliche Gespräch sein, das ich schon lange erwarte — entschuldige Ina, es wird ein Weilchen dauern."

Schon war er zur Tür hinaus.

„Immer diese dumme Telephoniererei zwischen den Mahlzeiten", schalt Ina und schien ernstlich aufgebracht zu sein. „Nun, wir werden uns in unserer Behaglichkeit nicht stören lassen — bitte, Frau Bernheim!"

Aber Edith dankte. Sie war schon von dem ersten Gang des üppig zubereiteten Essens gesättigt. Sie kannte es schon lange nicht mehr, so reichlich zu Abend zu essen. Außerdem war sie von jeher sehr bedürfnislos.

„Ich möchte jetzt an die Arbeit gehen!" sagte sie. „Wenn Sie gestatten, gnädige Frau?"

Ina Hartwig zögerte einen Augenblick und sah sich unruhig im Zimmer um. „Haben Sie es denn so eilig, Frau Bernheim; ich dachte, wir werden noch einen Augenblick bei einer Zigarette miteinander verplaudern."

„Das ist sehr gütig von Ihnen, aber die Arbeit eilt wirklich", erwiderte Edith; „es wird ohnehin spät werden und morgen möchte ich frühzeitig auf dem Platze sein, um so mehr, als der Herr Rechtsanwalt nicht ins Büro kommen wird. Da möchte ich ihm die Post zugleich mit den ausgearbeiteten Diktaten bringen."

„Aber Ihrem kleinen Freunde Ralph werden Sie doch noch guten Abend sagen wollen?" fragte Frau Ina dringlich, und ehe Edith so recht wußte, wie ihr geschah, hatte Frau Ina sie auch schon unter den Arm genommen und förmlich aus dem Zimmer in Richtung zu Ralphs Kinderzimmer gedrängt.

„Ralphi schläft doch vermutlich bereits, gnädige Frau!" wandte Edith ein, der die betonte Liebenswürdigkeit Frau Inas allmählich unheimlich wurde. Hatte sie doch genau genug gespürt, daß bis zum heutigen Tage Frau Ina die Liebe Ralphs zu ihr mit ausgesprochener Abneigung betrachtete.

Oft genug hatte sie doch den kleinen Jungen unter irgendeinem Vorwand brüsk zurückgerufen, wenn er Edith auf dem Korridor entgegenlief oder sich während ihrer Anwesenheit in das Arbeitszimmer des Vaters stehlen wollte, um Edith zu sehen.

„Sie können es ja versuchen, ob er schon schläft; manchmal pflegt er noch nach einer Stunde wach zu sein, wenn ich nach ihm schaue — überhaupt wenn er weiß, daß Sie da sind, Frau Bernheim! Also gehen Sie nur hinein; ich möchte ihm die Freude nicht nehmen, falls er noch nicht eingeschlafen sein sollte."

Damit öffnete sie ohne weiteres die Tür zu dem Schlafzimmer des Kleinen, und Edith blieb, wollte sie nicht unhöflich sein, gar nichts anderes übrig, als hineinzugehen. Ehe sie noch etwas sagen konnte, hatte Frau Ina die Tür bereits hinter Edith geschlossen und ging mit schnellen Schritten den Korridor entlang. Leise öffnete sie die Tür zu dem Arbeitszimmer Weltners.

Dort saß an dem Schreibtisch Fritz und schrieb mit äußerster Eile Notizen und Zahlen aus den Akten ab, die Edith für die Arbeit auf dem Schreibtische geordnet hatte.

Er schrak zusammen, als Ina leise hereinkam, aber sie machte ihm nur ein beruhigendes Zeichen und schlich auf den Zehenspitzen an die Tür von Weltners Schlafzimmer. Sie lauschte und nickte Fritz beruhigend zu.

„Alles still!" flüsterte sie. „Mach' nur schnell, ich habe die Bernheim erst einmal zu Ralph abgeschoben; aber sie kann jeden Augenblick wiederkommen."

Er machte eine wütende Gebärde.

„Das nützt mich nichts, ich brauche mindestens eine Stunde, wenn ich alles Wichtige abgeschrieben haben will. Die Materie ist doch komplizierter als ich dachte."

„Unmöglich!" gab Ina leise zur Antwort. „So lange kann ich die Bernheim hier nicht fernhalten, sie ist ohnehin schon sehr unruhig, wieder an ihre Arbeit zu kommen."

Fritz überlegte schnell.

„Geh und pass' auf, wenn sie von Ralph herauskommt; dann halte sie unter einem Vorwand noch einen Augenblick im Eßzimmer zurück, laß einen Mokka servieren und ruf' mich unauffällig. Für das Weitere laß mich nur sorgen."

Ina nickte und ging leise hinaus, während sich Fritz mit verdoppeltem Eifer über seine Arbeit beugte.

* * *

Inzwischen saß Edith an dem Bett des kleinen Ralph. Mit großen, weit offenen Augen hatte er ihr entgegengeblickt und war mit einem Freudenlaut in seinem Bettchen emporgefahren. Aber gleich darauf legte er sich wieder zurück — und als Edith ihn nach ihrer Gewohnheit mit einem Kuß begrüßen wollte, hatte er sein Gesicht in den Kissen versteckt — und ihr auch die Hand fortgezogen, die sie ergreifen wollte.

„Was ist dir denn, Ralph?" fragte sie besorgt. „Hast du schon geschlafen, und habe ich dich erschreckt? Hast du mich nicht erkannt? Tante Ina meinte, du würdest dich freuen, daß ich dir noch gute Nacht sagen komme — aber es scheint mir nicht der Fall zu sein."

Da kam ein schluchzender Laut aus den Kissen; aber das Kindsgesicht hob sich nicht wie sonst vertrauensvoll zu Edith auf. Und als sie liebevoll fragte: „Was ist dein, Ralphi? Hast du einen Kummer? Sprich doch!" — da schwieg das Kind, und nur an den heftigen Atemzügen, die im Dunkeln zu ihr emportönten, spürte sie die leidenschaftliche Aufregung des Kindes. (Fortsetzung folgt.)